

Entscheidung zur FOC-Klage im März

at Bispingen/Soltau. Per Fax ist gestern die Klage der Gemeinde Bispingen gegen das Niedersächsische Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung beim Verwaltungsgericht in Lüneburg eingegangen. Darin klagt Bispingen gegen die Entscheidung, dass in Soltau ein Factory Outlet Center gebaut werden darf. Gleichzeitig beantragen die Anwälte der Gemeinde, die Raumverträglichkeit des FOC-Vorhabens in Bispingen „unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts neu zu entscheiden“. Noch fehlen in Lüneburg die Originalunterlagen, zudem seien die Akten noch nicht vollständig, erläuterte Vizepräsident und Pressesprecher Wolfgang Siebert gegenüber der Böhme-Zeitung. „Wenn alles vollständig ist,

werden wir den Gegner auffordern, so schnell wie möglich darauf zu reagieren“, erklärte Siebert zu den Abläufen. Dann könne auch Soltau beigegeben werden. Siebert rechnet damit, dass Mitte oder Ende März bereits eine Entscheidung fällt, ob die Klage zulässig ist oder nicht. Aufgrund des Kläger-Antrags auf „vorläufigen Rechtsschutz“ kann Bispingen auch damit rechnen, eine Prognose zu Erfolg oder Nichterfolg der Klage zu erhalten. Vorläufiger Rechtsschutz wurde von Bispingen beantragt, um zu vermeiden, dass in Soltau vollendete Tatsachen geschaffen werden. „Das würde einen Stopp auf allen Ebenen bedeuten“, so Siebert. Der Antrag auf „vorläufigen Rechtsschutz“ setze zeitliche Grenzen, die Klage werde mit Nachdruck bearbeitet. ▶ Seite 3

FOC-Klage: „Das geht aus, wie das Hornberger Schießen“

Soltaus Bürgermeister verärgert über aufschiebende Wirkung des Bispinger Vorgehens

at Bispingen/Soltau. 17 Seiten lang ist die Klage samt Begründung, die die Gemeinde Bispingen in Sachen Factory Outlet Center mit Datum vom 20. Februar beim Verwaltungsgericht in Lüneburg eingereicht hat (BZ vom 21. Februar). Sie richtet sich gegen das Niedersächsische Landwirtschaftsministerium. Dort fiel die am 3. Februar verkündete Entscheidung für den FOC-Standort Soltau und gegen die beantragten Vorhaben in Bispingen und Bad Fallingbostel.

Gleich auf Seite 2 wird deutlich, um was es den Bispingern geht: Sie hoffen bei einer Neuentscheidung doch noch zum Zuge zu kommen, beantragen, die landesplanerische Feststellung für Soltau aufzuheben.

Besonders die aufschiebende Wirkung der Klage ist für Soltaus Bürgermeister Wilhelm

Ruhkopf ärgerlich – auch wenn er den Gang der Bispinger vor das Gericht erwartet habe, wie er gestern erklärte. Das sei nicht nur für Soltau schlecht, sondern für die ganze Region.

Ruhkopf vermutete: „Das geht aus wie das Hornberger Schießen“. Die Soltauer planen derzeit auf Hochtouren. Die Stadt lasse sich keinesfalls in die Abwehrhaltung zwingen, sagte Ruhkopf. „Wir haben den Zuschlag bekommen, und wir wissen, wo wir hinwollen.“

Die Bispinger sehen derweil die Chancen für Soltau mit mehr als einem Fragezeichen: „Nach allem, was wir wissen, kann es am Standort Soltau keine touristisch attraktive Ansiedlung geben“, schrieb Bürgermeister Detlev Loos in einer Pressemitteilung zur Klageeinreichung. Deshalb glaube er auch nicht, dass die Entscheidung für Sol-

tau rechtlich haltbar sei.

Loos bemängelt, dass die landesplanerische Entscheidung nicht wie angekündigt im Internet veröffentlicht sei. Zudem wies er erneut auf den Fakt hin, dass das Landwirtschaftsministerium den Versuch unternommen habe, den Bispinger Investor „nach Soltau ziehen zu wollen“ und darauf, dass die Entscheidung im April 2007 schon einmal zugunsten von Bispingen gefallen sei.

Akteneinsicht zugesagt

„Zunächst einmal sorgen wir für größtmögliche Transparenz, wir haben nichts zu verbergen“, sagte Friedrich-Otto Ripke, Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, gestern gegenüber der BZ. Am 20. Februar wurde deshalb sowohl Bispingen als auch Investor

Value Retail die Akteneinsicht schriftlich zugesagt. Auch im Internet sollen die Daten abfragbar sein. Der Staatssekretär erneuerte die Auffassung des Landes, dass gegen ein Raumordnungsverfahren nicht geklagt werden könne.

Jeglicher Sachgrundlage entbehrt laut Ripke der Vorwurf, dass der Bispinger Investor nach Soltau geholt werden sollte. Er habe per Telefon den Investoren – Sylvie Mutschler (Soltau) und John T. Quinn (Bispingen) – nur die Entscheidung mitteilen wollen.

Der Staatssekretär bezeichnete das Vorgehen der Bispinger als unsolidarisch. Schließlich bringe das FOC für Soltau und für die gesamte Region viel, wirke weit über die Region hinaus. So etwas sollte gut überlegt sein, schließlich wirkten sich die Effekte auch nach Bispingen aus.